

„Eine falsche Vorstellung“

Der Freiburger Wirtschaftsprofessor Landmann über **EXPORTREKORDE** und marode Straßen

Die hohen deutschen Exportüberschüsse stoßen weltweit auf Unmut. Der Freiburger Volkswirtschaftsprofessor Oliver Landmann hält die Kritik für berechtigt – und er wundert sich über manche Argumente, mit denen die Überschüsse gerechtfertigt werden.

Herr Landmann, einige Staatschefs werden nicht müde, eine Senkung des deutschen Exportüberschusses zu fordern. Auch vom IWF und aus der SPD kommen gleichlautende Forderungen. Man könnte meinen, unsere leistungsfähigen Unternehmen sind zum Problem geworden.

Unsere leistungsfähigen Unternehmen sind ganz sicher nicht ein Problem und auch nicht die Ursache des Exportüberschusses. Der Exportüberschuss ist vielmehr ein Spiegelbild der Tatsache, dass wir unsere Exporterlöse nur zum Teil wieder im Ausland ausgeben. Deutschland spart sehr viel und investiert davon nur wenig im Inland. Hier liegt der Schlüssel zum Verständnis des Exportüberschusses.

Wenn Deutschland mehr in den Erhalt der Straßen und der öffentlichen Gebäude investierte, würde dann der Exportüberschuss zurückgehen?

Ja, würde er. Allerdings wird das Problem in Deutschland meist nicht aus diesem Blickwinkel gesehen. Vielmehr empfindet man die Kritik am Exportüberschuss als Kritik an der eigenen Wettbewerbsstärke und weist sie daher entrüstet zurück. Das Missverständnis liegt darin, dass der Exportüberschuss eben kein Zeichen der Stärke ist. Ebenso wenig ist ein Defizit ein Zeichen der Schwäche oder der Übervorteilung durch die Handelspartner, wie zum Beispiel US-Präsident Donald Trump glaubt.

Man redet aneinander vorbei?

Nein, man muss sich nur von der falschen Vorstellung lösen, dass sich die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft an ihrer Handelsbilanz bemisst.

Sind unsere Straßen und öffentlichen Gebäude tatsächlich in einem so schlechten Zustand?

Davon kann sich ja jeder selbst ein Bild machen. Tatsache ist, dass die privaten und öffentlichen Investitionen im internationalen Vergleich niedrig sind. Die Gründe dafür reichen zum Teil weit zurück. Die öffentlichen Investitionen haben sich nie davon erholt, dass sie einst zwecks Einhaltung der europäischen Defizitkriterien stark beschnitten wurden. Nicht vergessen sollte man zudem, dass auch Bildung eine Investition in die Zukunft ist. Hinsichtlich öffentlicher Bildungsausgaben hinkt Deutschland weit hinterher ...

... das aber seit vielen Jahrzehnten.

Richtig. Es braucht nicht viel Phantasie, sich vorzustellen, wo man noch zulegen könnte. Man muss sich einfach fragen: Wo sind Deutschlands Ersparnisse am besten investiert? Im Moment fließen sie zu über 80 Prozent ins Ausland. Da ist die Frage



Der deutsche Export erreicht Höchstwerte. Das ist aber kein Ausweis wirtschaftlicher Stärke.

FOTO: DPA

schon berechtigt, ob die Balance noch stimmt.

Zwischendurch legte die Bundesregierung in der Krise 2009 ein großzügiges Konjunkturprogramm auf. Ist dieser Effekt verpufft?

Das war ein befristetes Programm. Wenn sich am Exportüberschuss auf Dauer etwas ändern soll, muss man dauerhaft umsteuern.

Zum Beispiel indem Berlin Kommunen mehr Geld zur Verfügung stellt.

Das passiert in gewissem Grade schon, bisher allerdings mit überschaubarem Erfolg. Das Bundesfinanzministerium weist auf einen Mangel an rasch realisierbaren Projekten, umständliche Genehmigungsverfahren oder im Bausektor inzwischen auch schon auf Kapazitätsgengnisse. Nur: Für einen seit zehn bis 20 Jahren bestehenden Investitionsstau sind diese Ausreden etwas dünn. Spielraum gibt es aber außer im Bereich der öffentlichen Investitionen auch bei der Verbesserung der Voraussetzungen für Investitionen der privaten Wirtschaft.

Deutschland fordert seinerseits EU-Partner wie Frankreich zu Reformen auf, die die Wirtschaft wettbewerbsfähiger machen

ZUR PERSON

OLIVER LANDMANN, Professor der Wirtschaftswissenschaften, wurde 1952 in Basel geboren. Er studierte Wirtschaftswissenschaften in Basel und arbeitete als Postdoc als Postdoc in Stanford in Kalifornien. Die Schwerpunkte seiner Forschung sind Makroökonomie und Internationale Währungsfragen. Landmann lehrt seit 1987 an der Universität Freiburg. Er wohnt in Inzlingen im Landkreis Lörrach.



RIX

sollen. Zu Recht?

Es ist schon richtig, dass Frankreich einen bedeutenden Reformstau anzupacken hat. Ob ausgerechnet Deutschland dazu berufen ist, mit erhabenem Zeigefinger Reformen beim Nachbarn einzufordern, ist eine andere Frage. Staatspräsident Emmanuel Macron hat den Handlungsbedarf ja erkannt und damit auch seinen Wahlkampf bestritten. Über eines muss man sich aber im klaren sein: Auch wenn Frankreich seine Reformen zügig umsetzt, wird das am deutschen Exportüberschuss nichts Wesentlichen ändern.

Frankreich benennt als Grundübel des deutschen Außenhandelsüberschusses die niedrigen Löhne. Deshalb seien deutsche Produkte billig und würden den Weltmarkt überschwemmen. Stimmt das?

Die Feststellung, dass Deutschland auf dem Weltmarkt mit einem wettbewerbsfähigen Kostenniveau antritt, ist schon richtig. Seit den frühen Jahren des Euro hat die bemerkenswerte deutsche Lohnzurückhaltung zu Kostenvorteilen gegenüber den damals boomenden peripheren Ländern des Euroraums geführt. Die Unterschiede, die sich damals aufgebaut haben, wirken teilweise bis heute fort. Allerdings erzielt Deutschland seinen Exportüberschuss heute nur noch zu einem geringen Teil innerhalb des Euroraums. Der Löwenanteil geht mittlerweile auf das Konto der übrigen Welt. Hier macht sich die in den letzten Jahren kräftige Erholung der Weltkonjunktur bemerkbar, aber auch der tiefe Euro-Wechselkurs, der die deutsche Ausfuhr befördert. Da der Wechselkurs eng mit der expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zusammenhängt, wird der Währungsbonus nicht von Dauer sein.

Manche Kritiker sagen, dass die Lohnzuwächse in Deutschland seit Jahren unter der Produktivität liegen. Damit würde Deutschland die von der EZB vorgegebene leichte Inflation vermeiden.

Es ist in der Tat bemerkenswert,

dass die Löhne in Deutschland von dem nun schon seit geraumer Zeit beachtlichen Wirtschaftswachstum noch kaum beflügelt wurden. Was die Kritiker dieser Entwicklung aber gerne vergessen, ist die Tatsache, dass die Lohnzuwächse keine Stellschraube sind, an der die Politik einfach so drehen kann. Die Lohnfindung ist in Deutschland im Wesentlichen Sache der Tarifvertragsparteien, die mit einem hohen Grad an Verantwortungsbewusstsein für die Gegebenheiten in den einzelnen Wirtschaftszweigen agieren. Da alles dafür spricht, dass der deutsche Konjunkturaufschwung bis auf Weiteres robust bleibt, wäre ich nicht überrascht, wenn sich allmählich auch der Lohnauftrieb wieder beschleunigt.

Liegt also ein Versäumnis unserer viel gelobten unideologischen Gewerkschaften vor?

Von einem Versäumnis würde ich nicht sprechen. Die Gewerkschaften haben ihren Beitrag dazu geleistet, dass sich die deutsche Wirtschaft über die letzten 15 Jahre hinweg in der Wachstumsrangliste Europas von ganz hinten nach ganz vorne gearbeitet hat. Das konsensorientierte Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gehört eindeutig zu den Stärken Deutschlands.

In Deutschland gibt es seit 1967 ein Stabilitätsgesetz, in dem das Magische Viereck festgeschrieben ist: Geldwertstabilität, stetiges Wachstum, hoher Beschäftigungsgrad und eben ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Die ersten drei Ziele sind unstrittig. Wieso hält sich aber keine Bundesregierung an das vierte Ziel?

Weil das vierte Ziel schlicht nicht dieselbe Priorität beanspruchen kann. Die anderen drei Ziele beeinflussen die wirtschaftliche Lage der Bürger unmittelbar. Das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts atmet noch stark den Geist der 1960er Jahre, als die Währungsordnung von Bretton Woods dazu zwang, den Dollar-Wechselkurs stabil und die Zahlungsbilanz im Gleichgewicht zu halten. Heute gibt es keinen vernünftigen Grund mehr, das außenwirtschaftliche Gleichgewicht zum Selbstzweck zu erklären.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE
KLAUS RIEXINGER